

# WOMENKAMPF

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Einzelpreis 10 Mark  
Mittwoch, den 15. November 1922  
2. Jahrgang, Nr. 268

## Rugeln statt Brot!

Blutbäder in Düsseldorf und Köln — Der Generalfstreik in Düsseldorf von den freigewerkschaftlichen Betriebsräten beschlossen — Völgelhege des „Vorwärts“ — Die Regierung Wirth zurückgetreten — Errichtung der reinen Sinnesdiktatur

(Eigener Drahtbericht)

Düsseldorf, 14. November.  
Während es Montag nachmittags und abends zu vereinzelten Zusammenstößen zwischen Schupo und den auf Straßen und Plätzen streikenden Arbeitern kam, gab es heute morgen zwischen 10 und 11 Uhr ein ungeheures Blutbad. Der am Samstag durch den oppositionellen Betriebsrat heute zu einer Streikversammlung nach der Zehnhalbe auferlegten. Zehntausende streikten den Rheinland und die Gärten. Kaum hatte ein Arbeiter das Wort ergriffen, kümmerte Unkos voll Schupo heran und mit blanker Waffe, Gewehrknüppeln und Messern überfielen sie die wildgewordenen Reihen in die Menge. In wilder Flucht kümmerte alles durch Türen und Fenster auf die Straße. Die auf den Gassen versammelten konnten wegen der Überwucherung nicht herantreten. Die Schupo schoß nach oben. Viele Arbeiter kletterten zu den Fenstern heraus und sprangen auf die Straße, wobei sie verächtliche Wehrbeweise erließen. Etwa 20 Verwundete und 100 Verhaftete sind zu verzeichnen. Die Lage ist noch nicht zu übersehen. Der Streik in Düsseldorf ist vollkommen. Zugleich findet bereits eine Kollektionsaktion der freigewerkschaftlichen Betriebsräte über die zu unternehmenden Schritte statt.

### Der Generalfstreik beschlossen

(Eigener Drahtbericht)

Düsseldorf, 14. November.  
Als Antwort auf das am Vormittag des 14. November von der Schupo anerkannte Blutbad hat die Arbeiterkommission der freigewerkschaftlichen Betriebsräte und des Gewerkschaftsverbandes folgenden Beschlüssen:  
Die spontan ausgebrochene Streikbewegung wird durch die Gewerkschaften anerkannt und in die Hand genommen werden.  
Es wird der sofortige Generalfstreik beschlossen für Düsseldorf und Umgebung.  
Der Beschluß wird gegen eine Stimme angenommen.  
Der Antrag eines Gentlemen einer Einladung eines Reichsbetriebsrats in Köln durch den VGB, wurde mit allen Stimmen angenommen. Die Reichsbetriebsräte der Kommunistischen Partei für die Reichsbetriebe sollen von der VGB, unterstützt und durchgeführt werden. In diesem Augenblick lagen die Gewerkschaftsvorstände, um die Einzelheiten der Durchführung des Generalfstreiks zu beschließen.  
Es ist festgestellt worden, daß viele Hunderttausende Schupo nach Düsseldorf gekommen sind. Es sind Hunderttausende, die im Jahre 1921 bei der Niederschlagung des mittelständigen Aufstandes beteiligt waren.  
Wie jetzt liegen Meldungen von über 20 Schmerzerleiden vor. Die Zahl der Verletzten ist noch nicht zu übersehen. Die offizielle Befähigung über die Zahl der Toten liegt noch aus.

Die gemeine Hege der gesamten antikommunistischen Presse hat die Arbeiter der verschiedenen Abteilungen in Düsseldorf nur noch fester zusammengezwängt. Über die Ursachen des Streiks in Düsseldorf haben wir bereits gestern berichtet. Die Ursachen des Streiks waren Lohnzahlungen der vergangenen Woche. Die Unternehmer hatten nämlich eine Vorzahlung wieder abgezogen. Die Sinnespresse änderte sofort von kommunistischen Arbeitern, von Hindernissen usw. um ein Eingreifen der bewaffneten Macht zu erreichen. Es ist bezeichnend, daß sich auch der „Vorwärts“ laut der Hege der Schupo-Unterstützer ansetzt. Er hat, daß die Lohnpolitik der Unternehmer keineswegs rigoros ist, weil sie nach wie vor elenden Lohnniveau nicht noch viel größere Abzüge machten, zu denen sie „berechtigt“ wären. Wirklich lächerlich erheben sich: „In Wirklichkeit haben unverschämte Löhne nicht zu leisten.“ In Wirklichkeit haben unverschämte Löhne nicht zu leisten. Es handelt sich in Düsseldorf um keinen anderen Streik.“ Wohl ist die Bewegung infolge der Produktion der Schwerindustrie Sinnes. Tausende und Tausende spontan ausgebrochen. Aber die Gewerkschaften und die freigewerkschaftlichen Betriebsräte zentral haben sich sofort der Bewegung angenommen und den Streik anerkannt. Der Generalfstreik wurde von den freigewerkschaftlichen Betriebsräten beschlossen und vom Gewerkschaftsverband für Düsseldorf und Umgebung beschlossen. Die Gewerkschaftsvorstände haben die Führung übernommen und führen den Streik durch. Das alles genügt den „Vorwärts“ nicht, in dem Sinne und der Richtung zu warten, die durch den Streik zur Revolution getriebenen Arbeiter blutig niederschlagen. Schon sind zwei Hunderttausende, die unter förmlichen Kommando im März 1921 ihre bis heute ungehörigen Greuel und Mordtaten verübt haben, in Düsseldorf dabei, den Kampf der Arbeiter gegen Hunger, Elend und Internierungslager in Straßen von Stadt zu errichten!

Die Blutbäder in Köln und Düsseldorf müssen die gesamte Arbeiterkraft auf den Plan rufen. Ihre Solidarität muß darin bestehen, daß sie überall die Anerkennung der Kontrollkommission durch die Behörden, ihre Ausstattung mit notwendigen Mitteln erzwingt. Nur wenn die Arbeiterkraft in die Lage versetzt wird, die Lebensmittellieferung und

die Preisbildung selbst zu führen und zu überwachen, können neue Verwirklichungsaktionen verhindert werden.

Von der Regierung, der Schwächung des Kapitals, ist in diesem Kampf der härteste Widerstand zu erwarten. Die Aktion der Gewerkschaften und Vertreter der Betriebsräte, Reichsbetriebsräte des Proletariats werden. Der Jubiläumstag des Reichsbetriebsratkongresses wird immer dringender. Es handelt sich nicht um Leben oder Sterben der Arbeiterklasse, kein Tag darf mehr ungenutzt verstreuen gehen, der Betriebsratkongress muß durch internationale Arbeit aller kämpfenden Arbeiter vorbereitet werden.

### Die Lügen der bürgerlichen Presse

Der Streik dehnt sich aus

(Eigener Drahtbericht)

Düsseldorf, 15. November.  
Nachdem von der Betriebsrätekommission der Generalstreik ausgerufen war, fand nachmittags eine isolierte Sitzung der Gewerkschaftsvorstände und Vertreter der Betriebsräte, Reichsbetriebsräte und Gewerkschaften statt. In dieser Sitzung lehnten die Gewerkschaftsvorstände den Generalstreik ab, doch beschlossen sie, den Streik in bisserigen Umfang anzuhalten und den Streik durch die Gewerkschaften weiterzuführen zu lassen. In einem Antrag an die Streikenden, der heute morgen verteilt wurde, werden die Streikenden im Kampf auszusparen, aber nur vom Streikenden nicht auf die ankommende Schupo geschossen werden. Wir sind aber in der Lage, Hunderte von Augenzeugen zu bringen, daß die Schupo zuerst in die Menge hineingeknallt und geschossen hat. Die zweite Welle ist, daß zu der Verammlung keine Genehmigung bekommen werden ist. Trotzdem ist, daß die Reichsbetriebsräte die Verammlung genehmigt hat und daß der sozialdemokratische Reichsbetriebsratpräsident G. Kühner den Verfassungsmäßig den Schupo genehmigt hat. Er bedarf die Handlungsweise der Schupo und hat bekanntgegeben, daß Verammlung unter seinen Umständen stattfinden dürfen. Diese Handlungsweise des Herrn Kühner hat im Widerspruch zu der Verfassung. Während ist die Reichsbetriebsräte die Verfassungsgeschichte eine Verammlung genehmigt, dann brauchen wir bei keiner deutschen Verfassung um Genehmigung nachzugehen. Kühner hat kein Recht, die Verammlung zu vertagen. Die volle Verantwortung für das Blutbad trägt einzig und allein der Sozialdemokratische Schupo und seine Partei.

Die bürgerliche Presse verbreitet über die Vorgänge sehr viel falsche Meldungen. Erleichterung ist bei den Schizophrenen kein Fehler zu verzeichnen. Es ist nicht wahr, daß aus der Verammlung eine Erklärung abgegeben wurde, die die Schupo zu hundert Prozent genehmigt hat. Wir sind aber in der Lage, Hunderte von Augenzeugen zu bringen, daß die Schupo zuerst in die Menge hineingeknallt und geschossen hat. Die zweite Welle ist, daß zu der Verammlung keine Genehmigung bekommen werden ist. Trotzdem ist, daß die Reichsbetriebsräte die Verammlung genehmigt hat und daß der sozialdemokratische Reichsbetriebsratpräsident G. Kühner den Verfassungsmäßig den Schupo genehmigt hat. Er bedarf die Handlungsweise der Schupo und hat bekanntgegeben, daß Verammlung unter seinen Umständen stattfinden dürfen. Diese Handlungsweise des Herrn Kühner hat im Widerspruch zu der Verfassung. Während ist die Reichsbetriebsräte die Verfassungsgeschichte eine Verammlung genehmigt, dann brauchen wir bei keiner deutschen Verfassung um Genehmigung nachzugehen. Kühner hat kein Recht, die Verammlung zu vertagen. Die volle Verantwortung für das Blutbad trägt einzig und allein der Sozialdemokratische Schupo und seine Partei.

### Massenverhaftungen in Düsseldorf

14. November.

Als Opfer des bereits gemeldeten Aufstandes hat der Tagelöhnerverband bisher vier Tote festgestellt. Die aufgelegte Menge schloß sich dem Vorgehen der Schupo in den benachbarten Gärten und Säulen und nun hier auf die Dächer, die später zu überfüllt waren, daß Personen von den Dächern stürzten und sich dadurch Verletzungen zuzogen. Eine große Anzahl von Adelsbürgern wurde verhaftet und fortgeführt.

### Neue Preiserhöhungen

15. November.

Der Stahlverband hat die Preise für Ballweiser-Erzeugnisse wiederum erhöht. Damit steigen die Preise für Eisenblech um das 200fache der Marktpreisliste. Die Löhne in der Eisen- und Stahlindustrie sind um den sechsten Teil gesunken. Die Kohlenindustrie haben beschlossen, die Preise der Kohlen auf über das 1000fache der Marktpreisliste zu erhöhen.

## Außen- und innenpolitische Auswirkungen des Sinnes-Sieges

Der Sieg der Sinnes-Koalition trägt, noch bevor er sich in dem kommenden Kabinett formell ausgesprochen hat, schon jetzt außen- und innenpolitische Früchte. Das Kabinett Wirth, das selbst in seinem Demissionenstande nur noch von Sinnes Gnaden existiert, hat eine neue Note an die Reparationskommission geschickt. In der es neue Forderungen macht. Bezüglich der von denen in der vorigen Note abgemilderten. Statt sich bisher, auf die Gutachten der internationalen Finanzämter zu stützen, stützt sich die neue Note jetzt im wesentlichen auf die Rede, die Sinnes im Reichsbetriebsrat gehalten und die der „Vorwärts“ so wütend angegriffen hat. Nach dem „Metall-Anzeiger“ vertritt die Regierung in ihrer neuen Note Steigerung der Produktion, Ersparnisse im Beamtenkörper und Aufnahme einer inneren Anleihe. Dafür soll das Reparationsproblem endgültig geregelt, auf alle Fälle aber ein drei- bis vierjähriges Moratorium gewährt werden. In der Zeit des Moratoriums sollen die Zahlungen fortgesetzt werden, soweit sie ihre Kosten durch innere Anleihen aufbringen lassen. Die Reichsbank verpflichtet sich, bis zu einem Betrage von 500 Millionen Geldmarkt an der Stabilisierung der Mark im Verein mit einem internationalen Finanzamt mitzumachen. Außerdem wird die Reichsbank verpflichtet für Darlehen zu verlangen. Steigerung der Produktion, Reduzierung von Staatsarbeitern und Beamten, Fortsetzung der Zahlungen und Weistiegung; das sind die Kernpunkte des Sinnesprogramms seit mehr denn einem Jahr. Das sind die Forderungen, die Sinnes noch in seiner Rede in seiner Rede im Reichsbetriebsrat ausgesprochen hat. Die Wirth-Regierung hat das Sinnesprogramm prinzipiell angenommen. Kein Zweifel, daß Sinnes, wenn er jetzt den 1. Juni-Vertrag, den Wirth vordem die Zahlungen und die Reichsbank verpflichtet für das Schwermetall erhält, mit der von ihm bisher bestimmten Verfassung des Reichsbankgeldes einverstanden ist. Denn jetzt bedeutet das internationale Finanzamt, an dem die Reichsbank sich beteiligt, nur noch die Finanzierung des großen, internationalen Vertriebsgeschäftes, die Auslieferung der deutschen Produktionsmittel an das internationale Kapital, ein Geschäft, dessen Seele der patriotische Sinnes ja stets gemein ist.

Die Sozialdemokratie, deren „Vorwärts“ noch am Sonntag die Reichsbankführung des Herrn Sinnes mit Recht als die größte Gefahr für das Proletariat bezeichnet hat, weil mit ihr Arbeitslosigkeit, Krise und noch größeres Elend als bisher verbunden ist, ohne daß darum die Mark für die Arbeiter sich bessert, lobt jetzt nur neuen Note der Regierung. Sie ist mit ihr einverstanden. Denn Sinnes und die Reparationsnote der Regierung tun nichts anderes, als daß sie die programmatische Forderung der sozialdemokratischen Reichsbankführung auf Maximalbefähigung in die Wirklichkeit überführt, wie sie nach dem Siege des Hugo Sinnes über die deutsche Arbeiterkraft allein Wirklichkeit werden kann, auf Kosten der arbeitenden Massen.

Immerdar ist der Sieg der Sinneshege in noch stärkerer Unterdrückung des Proletariats aus. Es ist nicht zufällig, daß Generring in der Fraktionsführung der SPD, der hauptstädtliche Wortführer für die Sinneskoalition gewesen ist. Generring ist der Innenminister der Großen Koalition in Preußen. Seine Organe (süden die Organe). Sein sozialdemokratischer Parteipräsident Richter hat die Julius-Buch-Verammlung der Berliner Organe erlaubt. Sein demokratischer Oberregierungsrat Weiß von der Spitzabteilung des Berliner Polizeipräsidiums löst den monatlichen Reichsbankführer Kohlschauen und Herr Generring höchstselbst einflußreich herbeizuführen vor seinen Sinnesständen, daß er leider, leider, nicht die geringsten, ein paar Geheimräte des Reichsbanks aufzulösen.

Dafür ist Generring als Sinnesmann um so energischer nicht nur gegen Kommunisten, sondern gegen die Arbeiter, die sich gegen Hunger und Elend auflehnen. Der Redakteur der „Roten Fahne“, Genosse Kühnig, wird erasmuslos ausgewiesen. Für den Sozialdemokraten Generring ist er lätziger Ausländer, während Kaufst, Stämpfer und Hilberding, obwohl sie Sozialdemokraten und Ausländer waren, unter Wilhelm's Regime jahreslang in Deutschland leben und politisch tätig sein konnten. Genosse Ernst Krafft in Breslau wird von Seewerings Beamten ebenfalls des Gefängnis schick. Herr Seewering weiß, was es seinen Auftragsgeber schuldig ist.

In Düsseldorf, in Köln streiken die Arbeiter und verlangen Kontrollausweise, weil die Regierungsbureau unfähig sind, der Teuerung zu wehren und weil das Internementum nicht daran denkt, die Löhne zu erhöhen. Was tut der Sozialdemokrat Generring? Hilft er den Arbeitern gegen Hunger und Internementum? Im Gegenteil, er hilft dem Internementum mit seinen Polizeigewalt gegen die Arbeiter. Die sozialdemokratischen SPD, führen nach mehr Polizei voller Bebauern, daß die Entente den Zugang von Verhaftungen der Schupo nach Düsseldorf bisher verhindert hatte. Der „Vorwärts“, das Regierungsoffizier der Sinnes-Koalition neben der „DZ“, drückt diesen Vorwurf nach dem maffinierten Hilfe für die Bourgeoisie ab, ohne ein Wort des Tadelns gegen seinen Parteigenossen Generring und seine Schupooffiziere. Dafür bringt er kein Wort von dem Befehl der obersten Gewerkschaften, die die Bekämpfung der Arbeiterkraft gegen

# Die Hausknechts-Geldchäftsordnung im Reichstag

(Eigener Bericht)

Berlin, 14. November.

In seiner Diensttagung begann der Reichstag die Geschäftsordnung über seine neue Hausknechts-Geldchäftsordnung, abgesehen von der dem Genossen Koenen verlangt wurde, die Sitzung so lange zu versetzen, bis die Regierung bereit sei, über die politische Lage, ihre Stellung zur Vorbereitung der Volksmassen und ganz besonders zu den Volkskommissionen in Düsseldorf, wo Schmitt gegen vorliegende Arbeiter vorzugehen, Koenen und Schmitt zu lösen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen anderer Partei sowie der beiden Reichspräsidenten abgelehnt. Abg. Schmitt (Sozialdemokr.) als Berichterstatter und Präsident Vöbe (Soz.) erklärten die Sympathie ihrer Freunde für Beschränkung der Redezeit.

Ungeachtet gab es eine Art Urteil über das wahre Wesen und über den wahren Wert des parlamentarischen Systems ab, als er sagte: Das Volk betrachtet das Parlament als eine Mühle, die mit unheimlichem Geräusch huppert, aber wenig Mehl gibt. Graf (An. Vp.) fordert mehr Machtbefugnisse für den Präsidenten und eine militärische Parlamentswache zur Wahrung der Würde des Parlamentes, die oppositionellen, also kommunistischen Abgeordneten, in Köln hielten sich.

Ein von uns erneut geführter Verbringungsantrag wird abernachmals abgelehnt. Hierauf sprach Genosse Eichhorn: Es ist bezeichnend für diesen Reichstag, daß er sich in einer Zeit, wo draußen die Not des Volkes zum Himmel schreit, seinen Kopf darüber gerührt, auf welche Art er möglichst geduldslos seinen Vorgesetzten betreiben will. Es ist bezeichnend, daß dieser Reichstag nicht den Mut findet, die Regierung aufzufordern, sich zu äußern über die Vorgänge in Düsseldorf, wo die Stenographie freilebenden Arbeitern ein Verbot angedroht, und anderen Gewerkschaften mit Köln, Hannover, Berlin, wo es zu Hungerkrawallen gekommen ist. Unendlich häufig Verordnungen, die in der Sache kein Recht haben, werden durch die Regierung auf dem Wege der Verhängung der Minoritäten.

(U.) Köln, 14. November.

Der gestrige Montagabend brachte wiederum in Köln Teuerungsmessungen. Zu blutigen Zusammenstößen kam es in Köln-Chrenfeld, wo sich der anfänglich kleine Tumult zu einem sehr gefährlichen Kampf ausweitete, weil die Menge sich anstrengte gegen die Polizei zu wachen und sie mit Steinen bewarf. Die Beamten ließen sich schließlich gezwungen, mit den blanken Köpfen vorzugehen und mußten sich ihre Angreifer schließlich gegen die Schamhaftigkeit zum Weichen lassen. Dabei wurden zwei Mann durch Schüsse an den Beinen verletzt, doch sind die Betroffenen von ihren Genossen mitgeklappt worden. Weiterhin sind etwa 10 Personen durch Schläge verletzt worden.

Die Meldung der Agentur der Sozialdemokratie zeigt, daß der Fescht Döhlens, die Arbeiter mit Wasserfontänen und Gasmassagen, von den Organen einer Regierung, in der Sozialdemokraten und Mitglieder des KPD, ihren mit rassistischer Brutalität in die Tat umgesetzt wird. Die Polizei schließt in Köln, verbotener Streikverpflichtungen in Düsseldorf, sehr in Düsseldorf, Bamberg, Siegen, Gladbach gegen Bergwerkseigenen, Hungerstreik, mit Wasser gewandt vor. Die Regierung trifft keine Maßnahmen, den Wucher einzudämmen, die Revolutionen der Unternehmer zu verhindern. Sie kennt nur ein Mittel: Regeln statt Brot!

## Die Lügenheze des "Vorwärts"

Der "Vorwärts" schreibt in seiner Diensttagungsnummer zu dem Düsseldorf Streik: Gest sagt, daß der Kommunismus sich hervorragend an der Propagierung des Streiks beteiligt hat. Dazu ist folgendes festzustellen: Genosse Frölich kam am Abend des Sonnabends, den 11. November, als die Betriebe bereits im Streik waren, nach Düsseldorf, um in einer Mitgliederversammlung der KPD, über die wirtschaftlichen und politischen Folgen des Streiks zu sprechen. Wegen der verhängenen Lage in der Metallindustrie, von der Genosse Frölich erst in Düsseldorf erst nach dem Vortrag abging und Genosse Frölich danach fünf Minuten in der Debatte, um der verhängenen Mitteilung über die Gewinne in der Eisenindustrie machte. Die Verammlung wurde rasch zu Ende geführt und die Teilnehmer gingen zur Demonstration. Da alles ruhig verlief, reiste Genosse Frölich mit dem Mittagzug nach Berlin zurück. Darauf beruht die faule Lüge des "Vorwärts".

In derselben Nummer schreibt der "Vorwärts" über die Kölner Vorgänge folgendes:

„Die Kommunisten hatten für den Abend Versammlungen einberufen, die von den Behörden verboten wurden. Angelegentlich wollten die Kommunisten dieses Verbot nicht respektieren gehalten haben, obwohl allen Kölner Zeitungen schon in den Vorkommnissen eine Mitteilung über das Verbot gegeben war. Das kommunistische Organ erschien am Montag mit der Aufforderung: „Müssen heraus!“ Gegen 7 Uhr abends kam es zu großen Massenankünften, in deren Verlauf die Schaulustiger vertrieben wurden, größere und kleinere Versammlungen gerieten in Aufruhr. Die Stimmung unter den Arbeitern ist hier folgende: Infolge der jetzt schreienden Teuerung liegt erregt, aber es kann nicht verneinigt werden, daß die Kommunisten in unehrenhaftiger Weise die Massen aufhieben. Schon in sozialdemokratischen Versammlungen am Sonntag erregten sie, sie seien entschlossen, „Steuern in die Tasche hineinzubringen“. Ihr Entschluß, die Massen unter allen Umständen auf die Straße zu bringen, hat leider einen sehr trügerischen Erfolg gehabt.“

Der "Vorwärts" berichtet mit seiner Lügenheze gegen die Kommunisten die bürgerliche Presse. In der Kölner "Berliner Zeitung" schreibt ein Bürgerlicher Erhard Breiner, folgendes: „Während man in den Fraktionszimmern des Reichstages über die Zusammenlegung eines Kabinetts herumspricht, das für die nächste Zeit Deutschlands Geschichte lenken soll, finden in einer ganzen Reihe von Städten Hungerkrawalle statt. An ihrem Ufer ist es zu merken, daß die Lüge nicht planlos entsteht, sondern ein festes Alibi hat, und es ist nicht zu verkennen, daß dieser festere, tiefer brennender Not entspringt.“

Dieses ganz unzulängliche Urteil trifft das Richtige. Es ist die unentgeltliche Arbeit der Hungernden zu den Verwertungsaktionen treibt. Die Großindustrie provoziert, die Polizei richtet vor. Inzwischen nach dem anderen an. Arbeiter, die von ihnen verletzten und Streikverpflichtungen einhalten, werden mit Wasser und Gas beworfen und inhaftiert.

## Kommunistische Ausländer sind vogelzrei

Unter dem Titel: „Ausweisung kommunistischer Redakteure“ meldet die Dena: Der Redakteur Frölich von der Berliner „Roten Fahne“ ist nunmehr nach Köln abgegangen. In der „Rosenblätter“ wurde der Redakteur der „Schleifigen Arbeiterzeitung“, Raff, verhaftet und soll ebenfalls ausgewiesen werden. In Bremen trat das gleiche Schicksal dem Redakteur Heinz Müller des „Rostwälderdeutschen Echo“.

In Zukunft sollen auch alle kleinen Anfragen 30 Unterschriften tragen. Die Rückgeber der kleinen Anfragen waren bisher die früheren größten Feinde dieser Einrichtung, die Deutschnationale. Sie werden auch in Zukunft so viele Anfragen stellen, wie sie wollen, da sie die notwendige Unterschriften haben. Die Beschränkung kann sich mithin nur gegen die Kommunisten wenden, wie sich der ganze Entwurf beim näheren Zusehen als ein Ausnahmeregime gegen die Kommunisten entpuppt.

Standards sind die Bestimmungen, die die Redaktionszeit der Deutschnationalen beschränken, und eine sogenannte Ordnungspolizei vorzusehen. Niemand zeigt sich besser als hier die Tendenz auf Erweiterung jeder Expulsion im Parlament. Am rigorossten doch sind die Bestimmungen, wonach einzelne Abgeordnete nach dem Ermessen des Präsidiums aus der Sitzung ausgeschlossen werden können.

und im Wiederholungsfall auf die Dauer von 20 Tagen zur Sitzung nicht mehr zugelassen werden sollen. Die Deutschnationalen haben den Wunsch, auf 42 Tage heraufzusetzen. Die Sozialdemokratie war zwar in der Anzahl der Strattage beherrschender, aber sie ist im übrigen noch demütigter und bescheidener; denn sie verlangt nur dem herausgeworbenen Abgeordneten, er solle ein genügendes Kennzeichen abgeben und Abstände leisten. Man bemerkt sich diesen Forderungen auf die „Würde des Hauses“. Das ist den Parteien die sich um die Stänke dieses Hauses streiten, selbst zeigen, gar nicht darauf ankommt, sie auch einmal gewöhnlich, das haben wir erlebt, als dem ermordeten Genossen Karl Liebknecht gelegentlich eine Rede gegen den Kriegswahnsinn das Manifest von der Rednertribüne genommen und er mit Gewalt an Sprechen verhindert wurde. Der Feind, der sich hierbei ganz besonders abgedankt, war der Demokrat Müller-Deininger.

Der Arbeiterstich wird es nicht hervor lassen, dieses durchsichtige Mäntel richtig einzuführen. Die Große Koalition will ihre Gesetze im Sinne des Großkapitals ungehindert parlamentarisch ausführen.

Die Erklärung der Regierung als ersten Schritt auf die morgige Tagesordnung setzen, wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Kommunisten und Unabhängigen abgelehnt.

Das sozialdemokratische Innenministerium bringt in die Beratung der kommunistischen Ausschüsse. Nachdem der Chefredakteur der „Roten Fahne“, Genosse Frölich, in Köln rechtlich im Polizeipräsidium gefangen gehalten wurde, ließ man ihn frei, nur unter der Bedingung, daß er binnen einer Woche Deutschland verläßt. Und das soll sein Ziel, wo der tschechoslowakische Staatsbürger Hille auf dem deutschen Boden Kampfbahnen gegen den Bestand der demokratischen Republik organisiert, ohne irgend eine deutsche Regierung auch nur daran denkt, gegen ihn einzuschreiten.

## 1000 Milliarden M. für Brotgetreide-Einfuhr

Infolge der Sabotage der Getreideumlage durch die Agrar-fazultäten wird heute Nacht damit gerechnet, daß nicht einmal die im Reichstag beschlossenen 2 1/2 Millionen Tonnen Brotgetreide geliefert würden, sondern höchstens 1 1/2 Millionen Tonnen. Unbereits ist, daß große Mengen Brotgetreide zu Futterzwecken ihres Vieh und zu anderen Zwecken, wie Schnapsbrennen und dergl., verwendet werden. Die bürgerliche sozialdemokratische Regierung hat weder den Willen noch die Macht, die rechte Gestaltung des Brotgetreides in den großindustriellen Betrieben und Großgrundbesitzern durchzuführen. Die Macht fehlt ihr, weil sie sich fürchtet, sich auf die Arbeitermassen zu stützen. Das zeigte sich klar und deutlich, als die kommunistische Reichstagsaktion bei Beratung des Landtagsbeschlusses am 28. Juni d. J. der Antrag gestellt, die landwirtschaftlichen Getreidebauern vom Düngemittel der Kontrolle über die jeweils abzurufen Menge, über die Qualität der Vieherzeugung und die Einhaltung der Fristen zu betrauen und außerdem den Antrag auf Festsetzung einer Umlage von 4 1/2 Millionen Tonnen, unter Verteilung der Kleinbauern von der Ablieferungsmenge, unter Festsetzung der Umlage, die jeder Bauer einzeln, der sozialdemokratischen gegen diese Art der Auszahlung der Arbeiterorgane ist, daß die Sabotage der Agrar-fazultäten heute erfolgt ist. Die nach Samierung der Staatsfinanzen und nach Stabilisierung der Warte so laut schreitenden sozialdemokratischen sind es, die mitgeschoben haben, daß Deutschland in diesem Wirtschaftsjahr 3 Millionen Tonnen Brotgetreide anzuschaffen muß, um das Minimum an Getreide zur Brotverfertigung sicherzustellen, 3 Millionen Tonnen Auslandsgetreide kosten nach dem jetzigen Stand der Preise nicht weniger als rund 1000 Milliarden Mark.

Die Folge dieser Politik ist eine wahnsinnige Verteuerung des Brotgetreides und außerdem die Verfallung des Staatshaushaltes bzw. der neuerfindenden, arbeitenden Bevölkerung. Das Lebensinteresse aller Werktätigen erfordert einen energischeren Kampf als bisher um die Erhaltung sämtlicher Agrarprodukte bei den großen landwirtschaftlichen Betrieben. Frühere voranzugehen haben die Kontrollauschüsse in Stadt und Land.

## Ein 3-Pfund-Brot 1000 Mark

Die fidelesten Müller haben den Preis für einen Doppelgärtner Brot auf 1000 Mark erhöht. Die Bäckerei hat sich verweigert im Großhandel 250 Mark. Im Frieden war ein Pfund Weizenbrot etwa 30 Prozent teurer als Weizenmehl. Rechnet man mit demselben Verhältnis, dann würde ein dreipfündiges Weizenbrot jetzt 1000 Mark kosten müssen.

Da die Sozialdemokraten nun mit Stimmes in einer Koalition sind, wird man nicht die Preise stabilisieren. Die Köhne bürden natürlich nicht mehr steigen; ein für die Unternehmer bezweckendes Verhältnis zwischen Lohnkosten und Preisen ist dann festgelegt.

## 200 Lehrer und Lehrerinnen entlassen

Der Magistrat von Berlin hat beschlossen, vom 1. Januar 1922 200 Lehrer und Lehrerinnen zu entlassen. Die Hälfte soll in anderen wieder auf Kosten der Arbeiter. Die Kinder der Arbeiter sollen in den einzelnen Klassen zusammengepackt werden.

## Trennung von Kirche und Staat in Sachsen?

Der sächsische Ministerpräsident Sud, der gestern in München in einer Verammlung des Republikanischen Reichsbundes sprach, teilte dabei mit, daß Sachsen demnach auf Grund des Artikels 12 der Verfassung mit der Trennung von Kirche und Staat sich abzugeben, und mit der Errichtung der Staatsschule vordrückt in Deutschland werden würde.

Zum „Schuß“ der Republik wurde die in Leipzig erscheinende antisemitische Zeitschrift „Der Hammer“ verboten. Diese Zeitschrift verbreitet jüdischen ungeliebte Subjekte.

Ein neuer Weizenanbruch in Ungarn. In Sofia wurde der Vertreter der tschechischen Rote Kreuz in aus einem Hinterhalt erschossen. Die Täter sind wieder in den Reihen der Weizenoffiziere zu suchen.

In Sardinien kam es zwischen den Autonomen und Polizeitruppen zu einem Zusammenstoß. Die autonomistische Bewegung treibt eine Loslösung der Insel vom südtürkischen Italien an.

Druck und Ausweitung verlangen. Dafür verschweigt er, was selbst der „Lokal-Anzeiger“ berichtet, daß die sozialdemokratische Parteileitung in Köln und der Ortsausschuß des KPD, von der Regierung die strengsten Maßnahmen gegen Wucher verlangt haben, da sonst die Wahlen sich selbst helfen würden.

Alles das ist kein Zufall. Der sozialdemokratische Minister der Stenographie muß die Waffen der Stenographie mit der Propaganda führen, er muß Wucher und Unternehmerrizz gegen die Arbeiterführung hegen, wie er Minister bleiben will.

Die Lehre für die Arbeiter hieraus ist klar: radikale, rücksichtslose Zurückweisung aller Propagationen der Drück und der sozialdemokratischen Minister, die nur auf einen Anlaß zur Kommunistenbegehung warten. Zugleich aber ebenso ruhiges und leidenschaftliches Fortschreiten auf dem betretenen Wege der Selbsthilfe durch die Sammlung der Arbeiterführung in den Kontrollauschüssen und den Betriebsräten.

Ein mächtiger Reichsbetriebsratengriff, der den Willen der Arbeiter zum Kampf ausdrückt, der die Interessen der beiden Klassen gegen die außen- und innenpolitische Einseitigkeit der Sozialdemokratie klar und eindeutig ausspricht, ist die beste Antwort auf den Sieg der Stenographie, die feige Umwertung der SPD, unter das Diktat der Schmeidebäckerei.

## Die reine Sinnesdiktatur

U. S. Berlin, 14. November.

Nachdem die sozialdemokratische Fraktion heute abend mitgeteilt hatte, daß sie in eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei nicht einverstanden sei, hat die Reichspartei ihren Kandidaten für Reichstagswahlen dem Reichspräsidenten seine Demissionen eingereicht. Der Reichspräsident hat dann in den letzten Abendstunden dem Reichspräsidenten die Demissionen des Kabinetts mitgeteilt. Dieser hat sie angenommen.

Der „Vorwärts“ zufolge erklärte in der gestrigen Zusammenkunft der in der Arbeitergemeinschaft vertretenen Parteien der Reichstagspartei nochmals, daß die zur Arbeitergemeinschaft gehörenden Parteien der Regierungskoalition, das Zentrum und die Demokraten, sich einmütig für die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei ausgesprochen hätten, daß er selbst sich dieser Forderung anschließen und daß die gegenwärtige Regierung die Reichspartei nicht weiterführen könne, wenn die Sozialdemokraten auf ihrer Ablehnung eines Zusammenarbeitens mit der Deutschen Volkspartei beharren. In diesem Falle werde in 24 Stunden eine Regierung aus den Parteien der Arbeitergemeinschaft gebildet werden müssen. Der Kandidat erklärte schließlich die Sozialdemokraten, mit Ja oder Nein auf die Forderung der Reichspartei, die Regierung der Regierungskoalition durch die Deutsche Volkspartei aufzulösen oder nicht. Die Antwort war der Befehl der sozialdemokratischen Fraktion, der, wie die „U. S.“ hört, mit 150 gegen 20 Stimmen gefaßt worden ist. In der darauffolgenden Kabinettsitzung wurde dann der Reichspräsident über die Reichspartei informiert.

In einer Erklärung, die der Reichspräsident am Dienstagabend Journalisten gegenüber abgab, sagte er über die Vorgänge der Demission, die bürgerliche Arbeitergemeinschaft habe ihn darauf hingewiesen, daß besonders die letzte Note an die Reparationskommission und die sich daraus ergebende Politik eine Einigung durch eine breite Koalition der Regierung erforderten. Die Deutsche Volkspartei habe die nach der Reichspartei die Reichspartei gebildet und die bürgerlichen Parteien hätten darin die Rolle gespielt, das Zusammenkommen der Großen Koalition. Besonders das Zentrum sei an ihm betretenen mit der Förderung, dieses Zusammenarbeitens in eine wirtschaftliche Gemeinschaft umzuwandeln. Dieser Satz hätte er entworfen und habe das Verlangen nach der Großen Koalition gestellt.

„Der Lokal-Anzeiger“ reht die Ursache der diesmaligen Regierungskrise in dem Verlangen der Centre, daß endlich „etwas in Deutschland geordnet“ solle.

Der „Vorwärts“ erklärt, daß eine Regierung, die sich aus den Parteien der bürgerlichen Arbeitergemeinschaft bilde, nicht auf ein Weiterleben im Reichstag zu rechnen hat. Die sozialdemokratische Partei sei die einzige, die die Reichspartei die beiden letzten Noten der Reichsregierung an die Reichspartei abgab und daß sie den bringen den Wunsch hat, die einschlägigen Punkte der ausstehenden Politik weiter zu verfolgen, schreibt das „U. S.“ Die Sozialdemokratie denkt nicht daran, sich in den Reichstagswahlen zu beteiligen, die Reichspartei reiner politischer Zweckmäßigkeit, die Lebensnotwendigkeiten des arbeitenden Volkes gerecht wird.

Damit haben die bürgerlichen Parteien ihr nächstes Ziel, die reine Sinnesdiktatur, erreicht. Ihr Zweck ist die Abschaffung des Klassenkampfes und die verdrängte noch rücksichtslosere Ausbeutung der arbeitenden Massen. Die Sozialdemokraten, die die Arbeiter massen zum Aufruhr anzuweisen, die große Koalition zu verbünden, indem sie einen Scheintheater, den die Reichspartei nicht in die Straße hinaus eintritt, ist, inwieweit nur eine taktische Komödie. Die sozialdemokratischen Führer wollen in der Frage der Regierung das Ansehen ihrer Partei wahren und die Massen täuschen.

Aus der Erklärung des „Vorwärts“, daß die Sozialdemokratie nicht die Arbeit mache, hat in der Sammelarbeit, zur Verfügung, sondern bereit ist, an der Forderung einer „politischen Politik“ mitzuwirken, ist zu entnehmen, daß die Sozialdemokratie gar nicht daran denkt, in ihrer Opposition zur Regierung zu treten und die Politik der großen Koalition entgegen zu bestimmen. Die Sozialdemokraten werden durch die letzte Erklärung ihrer arbeitenden Parteimitglieder künftig autonom weiter zu arbeiten zu beginnen. Die Arbeiterklasse bleibt es wiederum vorbehalten, durch Stärkung ihrer eigenen Kampforgane, wie der Betriebsratengruppen ein zu handeln. Den Kampf gegenwärtig gegen die Sinnesdiktatur und nicht zu ruhen, die eine Arbeiterzeitung auf die Stelle der Koalition mit dem Bürgertum greifen ist.

## Neue Hungerkrawalle

### Teuerungsrührer im Siegerland

(Telegramm der „A. B. Z.“)

St. Siegen, 14. November.

In Dillenburg und dem benachbarten Herborn fanden größere Kundgebungen von Lebensmittel- und Ausstattungsgegenständen statt, an denen sich neben zahllosen Jugendlichen auch viele Erwachsene beteiligten. Zur Wiederherstellung der Ordnung mußte eine größere Abteilung der Schupojäger aus Siegen herbeigeführt werden. Der in den Geschäften einzuhanden Schaden ist bedeutend. Am meisten Schaden wurde die Schupojäger angeschlossen. Auch in Gladbach veranlaßte die Lebensmittelteuerung wegen der Teuerung, dort veranfaßte die Demonstranten die in den landwirtschaftlichen Lagegehörden befindlichen Lebensmittelvorräte, die dann unter Aufsicht der Landjuden nach einem benachteiligten Hause geschafft und zu einem feilgelegten Preise verkauft wurden.

## „Regeln statt Brot“ auch in Köln

(Eigener Bericht)

Köln, 14. November.

Gestern abend sollte eine Versammlung der Mitglieder von den Kontrollauschüssen stattfinden. Die Versammlung wurde von den Wucherern aus der Versammlung mehr erfolgen konnte, waren große Menschenmassen erschienen. Auch hier zog die Polizei blatt und ließ in die Menge. Es gab Tote und Verwundete. Eine genaue Uebersicht ist noch nicht möglich. Das Kölner Protestrecht liegt Gewehr bei Fuß.

**Planmäßiger Abwehrkampf**  
Die thüringischen und oberthüringischen Arbeiter fordern den Kampf

Der Bundesausschub der thüringischen Betriebsräte und Kontrollausschüsse hat sich jetzt in einem Brief an die Thüringer Regierung, an den SPD, an die KPD, an die KAS, an die Sozialisten, sowie an die Gewerkschaften und sozialdemokratische Fraktionen der Landtagsfraktion gewandt, um die Abwehr, in dem eine sozialistische Arbeiterpartei am 1. März ihren Kampf gegen die thüringische Regierung zu führen, der Brief lautet:

Der von den Thüringer Betriebsräten gewählte Bundesausschub der Betriebsräte und Kontrollausschüsse für Groß-Thüringen, der Mitglieder aller politischen Arbeiterpartei und wirtschaftlichen Organisationen angehört, hält am Sonntag, dem 19. November 1922, mittags 12 Uhr im Großen Saal der Thür. Schlachthaus, seine erste öffentliche Sitzung in Erfurt, Schlachthaus, zu allen wirtschaftlichen und politischen Fragen. Der Bundesausschub der Arbeiterpartei hat, der mit allen proletarischen Organisationen und der Thüringer Regierung arbeiten will, er sucht wie Sie, zu dieser Sitzung Vertreter zu entsenden.

Zur Begegnung wird folgenden kommen: 1. Die Ernährungsfrage; 2. Die Wohnungsfrage; 3. Die Gewerkschaftenfrage; 4. Realisierung der Lohnfrage und seine Forderung nach bewaffneter Arbeiter. Mit proletarischem Gruß! Der Bundesausschub der Betriebsräte und Kontrollausschüsse Groß-Thüringen.

Sowohl die sozialistische Regierung, wie auch der SPD und die KPD, in Thüringen werden zu zeigen haben, ob sie im Interesse der Arbeiterpartei gemeinsam mit den Betriebsräten gegen die Not zu kämpfen gewillt sind.

Im der am 10. d. M. stattgefundenen Betriebsrätekonferenz des Kreises Eisenberg, welche dem Ortsausschub der freien Gewerkschaften einberufen war, gelangte nach einem Vortrag der Kollegen K. Karger und W. H. eine Resolution zur Annahme, welche in Anbetracht der wirtschaftlichen und politischen Lage in Thüringen die sofortige Bewaffnung der arbeitenden Masse verlangt.

Nach diesem Gemeinderatsbeschluss wären KPD, SPD und KAS namentlich gewarnt, zu der von unserer Partei an sie gerichteten Aufforderung, mit einzutreten für die Bewaffnung der Arbeiterpartei. Aber so wie wir die Herrschaften kennen, werden sie sich um eine Erklärung herumdrücken, indem sie den oberthüringischen Beschluss einfach unterlassen.

Ungarischer Epion in Soviet-Russland verhaftet. In Moskau wurde ein ungarischer Offizier namens Szar verhaftet und zu einer schweren Zuchthausstrafe verurteilt. Der Mitglied einer horthollischen Spionageabteilung war. Dieser Offizier war der Täter in einer Nordbafra, die sich in Budapest noch während der proletarischen Diktatur ereignete. Vor den Verfolgungen des Revolutionärstrafgerichts ist der Nordbafra jetzt in der Schweiz geflüchtet, was aber die Weisung Nichts nicht hinderte, wegen des Verdachts als angelegte Täter unzulässige Proletarier zu verurteilen.

Seit der Sozialistenpartei ist der "Komet", das Zentralorgan der internationalen Sozialistenpartei (Marxisten), die sich an die dritte Internationale angeschlossen hat, gestern zum ersten Male wieder erschienen.

**Neue Druckschriften**

"Das proletarische Kind", Nr. 11  
ist schon erschienen. (Es erscheint zu Beginn jedes Monats.) Aus dem Inhalt: Die Beschlüsse der internationalen Konferenz der Leiter der Kindergruppen... Die Beschlüsse der Schule zur Bevölkerung im heutigen Russland von H. Krupskaja-Genua... Die pädagogischen Aufgaben der Anlagenschule von Konstantin... Was sollen wir gegen Bürgelkinder und andere reaktionäre Lehrer tun? (Mit Beispielen aus der Praxis der Kindergruppen)... Bericht über den Kindergruppenkongress in der Wärsche-Hemelak - Zur Konferenz der Kindergruppenleiter in der Schweiz von P. Grimm... Etwas über Erzählungen, Fabeln, Märchen von Hornle.

In einem sehr reichhaltigen Notizenheft (Kindergruppenbewegung, internationale Kinderbewegung, Erziehungsbewegung, Schulproletarierfragen) erfahren wir das wichtigste aus unserem Kampf. Schulstreiks, Lehrerstreiks zeigen uns, wie die Schule immer mehr in den politischen Kampf hineingezogen wird. Kindergruppenleiter, Eltern, Lehrer, alle Genossen müssen für weitest Verbreitung sorgen! Besonders müssen auch die Literaturstellen des "Proletarischen Kind" verbreiten.

**Vom Tage**

Das Pech einer jährlichen Pflanzzeit  
"Eine im Garten angebene jährliche Pflanzzeit hat sich als ein großes Pech herausgestellt, das die Pflanzzeit ein verheerendes Verheerungsmittel abgeben kann. Ich habe dadurch einen Schaden von 20 Millionen erlitten. Auch die Bemühungen der Feuerwehre, den Schaden zu beheben, waren vergeblich."

Was nennt die Pflanzzeit so wild unheimlich?  
Warum alarmiert sie die Feuerwehr?  
Was ist die im Lotus mit emsigem Fleiß?  
20 Millionen in der Sch...  
Und beim Hausgeuden, das ringsum rund.  
Geht ein Marmeln vom Mund zu Mund.  
Eines Alpen und Rügen und heimisches Fragen:  
Wo hat denn die ihre Perlen getragen?  
Warum mag sie den Schmutz jetzt nicht mischen?  
Und hat doch noch eben darauf gelacht...!

Winter und Sohn durch Geselligkeit geküßt. Die 37jährige Da Steuer und der 14-jährige Sohn wurden in ihrer Wohnung in Witten im aufgefunden. Sie trugen Gewerkschaften, die vermutlich auf einen Unglücksfall zurückzuführen ist.

Erster- und Selbster. Aus Breslau wird gemeldet: Die beiden 20 und 22 Jahre alten Söhne des Obligationshändlers Winter wurden in ihren Betten erschossen aufgefunden. Die politischen Nachforschungen ergaben, daß der jüngere den älteren Bruder durch einen Revolverdurchschuß von oben her in den Kopf und dann hier selbst durch einen Schuß in die Stirn getötet hat.

Schuldenzahlung beim Unterrichts. An einer Klasse der höheren Lehrschule in Regensburg wurde während des Unterrichts die Decke in eine Schürze umgewandelt, um den Unterricht nicht zu unterbrechen.

Selbstmord oder Verbrechen? In Steintin wurden in einem Hinterzimmer eines Lederverwarengeschäfts, der Geschäftsinhaber, zwei junge Mädchen und ein junger Mann bestmungslos aufgefunden. Alle Geschäfte waren geöffnet. Der Geschäftsinhaber sowie die beiden Mädchen waren tot, während der junge Mann noch lebend gefunden wurde. Es ist noch nicht festgestellt, ob Selbstmord oder Verbrechen vorliegt.

**Weitere Beschlüsse des mitteldeutschen Betriebsrätekongresses**

**Rundgebung für Armeite**

Der am 12. November 1922 im "Volksplatz" in Halle tagende Mitteldeutsche Betriebsrätekongress nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis, daß trotz der Armeite sich noch über hundert Arbeiter als politische Belagerte hinter Kerkermauern befinden, während fast alle politisierten Arbeiter der Bauernschaft frei herumlaufen. Der Kongress der Staatsregierung und des Reichspräsidenten, der wegen politischer Vergehen inhaftierten Arbeiter, bedarf keiner die gesamte Arbeiterpartei Deutschlands auf, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln sich dafür einzusetzen, daß die politischen Belagerten der Arbeiterpartei den Klauen der Justiz entzogen werden.

Eine Befreiung der gesamten Arbeiterpartei aus dem kapitalistischen Joch ist nur möglich, wenn sie es vermag, ihre revolutionären Kämpfer aus den Ketten zu befreien und sie als Führer an ihre Spitze zu stellen.

**Erklärung zum Wohnungseld**

Es wurde folgende Resolution vom Mitteldeutschen Betriebsrätekongress einstimmig angenommen:

Eine d. schließlichen Folgen des Zusammenbruchs der kapitalistischen Wirtschaft ist das ins Ungemessene getriggerte Wohnungseld der Arbeiterpartei. Die Wohnstätten, die bisher seitens der Regierung und der sonstigen Organisationen eingeleitet worden sind, stellen Realisationsmaßnahmen dar, die in keiner Weise dieser Not helfen können.

Das Problem der Wohnungsfrage ist nur ein Teilproblem im Rahmen des gesamten Kampfes aller Arbeiter, die aus dem Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft sich ergeben, und kann insbesondere für sich allein nicht gelöst werden. Will die Arbeiterpartei diesem Kampf absetzen, so muß sie den Kampf gegen die gesamte kapitalistische Gesellschaft aufnehmen. Bevor es der Arbeiterpartei nicht gelungen ist, innerhalb der Schließindustrie (Kohle, Eisen und Holz) die direkte Produktionskontrolle durch ihre Organe durchzuführen, ist eine wirksame Bekämpfung der Wohnungsnot unmöglich.

Sie zur Erreichung des Endzwecks der Befreiung der kapitalistischen Arbeiterpartei, erhebt der Mitteldeutsche Betriebsrätekongress im Interesse der proletarischen Mieter folgende Forderungen:

1. Rückzahlung der Bestehenden aller überflüssigen Räume in Kurzwohnungen, Hotels, Schlössern und Villen.
2. Durchführung einer genauen Wohnungsstatistik, Kontrolle des bürgerlichen Wohnungswesens durch die Kontrollorgane der Arbeiterpartei.
3. Verbot des Verkaufs von Wohnungen an die Industrie zu Bureauzwecken.
4. Schnelle Durchführung der Gemeinwirtschaft für das Bau- und Mietwesen.
5. Abschluß von kapitalistischen Zwangsverträgen mit der Bau- und Materialindustrie durch Reich und Gemeindef.
6. Entlassung der Militärkräfte nach dem Einkommen unter Zugrundelegung eines Minimalertrags und Berufstätigkeit der Familienmitglieder.
7. Verbot der Ausfuhr von Baumaterialien und Stillelegung von Betrieben der Baumaterialindustrie.

8. Überwachung der Durchführung aller dieser Forderungen durch Vertreter der Arbeiterpartei und der proletarischen Mieterorganisationen.

**Forderungen des mitteldeutschen Jungproletariats**

1. Selbstgewählte Vertretung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in allen Kontrollorganen der erwachsenen Arbeiterpartei.
2. Allgemeines. Die geringe Entlohnung aller Lehrlinge und jungen Arbeiter und Arbeiterinnen macht es notwendig, daß die Kontrollauschüsse besonders eintreten:
  - a) für die Abgabe im Preise herabgesetzter Lebensmittel für Jugendliche;
  - b) für die Beschaffung von billigem Schuhwerk und Kleidung;
  - c) für freie Eltern- und Straßenbahnfahrtskarte zur Arbeit und zur Fortbildungsschule.
3. In Fabriken, Fortbildungsschulen und Gewerkschaften:
  - a) Gleichberechtigung und selbstgewählte Vertretung der gewerkschaftlich organisierten jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in allen leitenden Körperparteien der Gewerkschaften;
  - b) Abschluß von Vertrauensleuten aller jugendlichen Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge in den Betrieben. Hinzuziehung von Vertrauensleuten derselben in den Betriebsrat.
4. Der Regierung entsprechende sofortige Erhöhung der Löhne der Jugendlichen, insbesondere der Lehrlinge unter Annullation der Löhne der Erwachsenen und prozentuale Entlohnung:

Im 1. Lehrjahr (14 bis 15 Jahre)	33% Prozent
" 2. " (15 bis 16 Jahre)	50 " "
" 3. " (16 bis 17 Jahre)	75 " "
" 4. " (17 bis 18 Jahre)	90 " "
5. Kampf gegen jede Verlagerung der Arbeitszeit. Für den Schlußunterricht für alle Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr. Abschaffung der Notizen- und Überstundenarbeit. Restlose Festlegung der Sonntags- und Nacharbeit.
6. Die Befreiung des Kopf- und Logiszwangs ist nicht nur in den Großstädten, sondern auch in den Kleinstädten und auch auf dem Lande ausserordentlich zu fordern, da gerade in den kleineren Orten der Logiszwang der Grund unerbittlicher Leistungsansprüche und Mißhandlung ist.
7. Verlegung der Schule in die Arbeitszeit. Besetzung der Schulpflichten, Freistellung der Schmitt.
8. Für alle Jugendlichen bis zum 18. Jahre bezahlter Erholungsurlaub von vier Wochen im Jahre.
9. Unterbrechung der jugendlichen Arbeitslosen in der gleichen Höhe wie die erwachsenen Arbeiter.
10. Festlegung der privaten Lohnverträge, Regelung der Auszubildenden und der Jugendlichen durch gewerkschaftliche Tarifverträge. Kontrolle der Arbeitsstellen durch die Gewerkschaften und Betriebsräte und Verbindung mit den Vertrauensleuten der jugendlichen Arbeiter.

**Aus der Provinz**

**Kursus für die Kreisleiterinnen der SPD.**

Am 18. und 19. November wird ein Mitglied des Frauen-Reichssekretariats in Halle (Kerkermeister) eine Rednerkursus veranstalten, um den in der Bewegung tätigen Genossinnen für ihre nächsten Aufgaben auf agitatorischem und organisatorischem Gebiet das nötige Handwerkszeug zu geben. Alle Kreisleiterinnen sind verpflichtet, an diesem Kursus teilzunehmen. Ferner können Genossinnen, die sich aktiv in der Frauenbewegung betätigen wollen, auf eigene Kosten oder durch die Ortsgruppen, in der sie wohnen, den Kursus besuchen.  
Für Schlafgelegenheit wird die Ortsgruppe Halle Sorge tragen.

**Du sollst nicht begehnen ...**

Vergangen Woche hat sich in der Gefängniszelle in Halle ein Pastor Kruse erzählt, oder nicht etwa aus Nahrungsgründen, sondern ... aus Liebestunne! Kruse ist in Spriet bei Eisenburg als Ortsgeliebter stationiert und verheiratet; trotzdem hatte er sich aber in Halle ein Liebesgut und auch gefunden. Das Fräulein glaubte den Versicherungen, sie habe es mit einem Kaufmann zu tun. Die Briefe wurden postlagernd ausgetauscht. Wie es nun einmal so oft bei der Gefängnis, so blieb es auch hier nicht ohne Folgen. Das Liebesgut wurde unruhig und wollte nun der Sache auf den Grund gehen. Durch eine angebliche Adresse in Eisenburg laßte das Mädchen die Sache zu klären; aber befehlt war der angebliche Kaufmann nicht bekannt. Sie schrieb ihren Bekannten aus, er möchte sie doch wieder einmal in Halle besuchen. Und Urion stellte sich auch nicht auf dem Bahnhof in Halle angekommen, ließ das Mädchen den Pfaffen zurufend herbeiführen, und nun ging er zur Post. Wahrheitsfinklich hatte hier der ehrwürdige Pfarrer jede Auskunft verweigert und die Postlei hat sich veranlaßt, Kruse einzumischen in den "Kau" zu setzen, die nähere Auskunft eingeholt waren. Am andern Morgen ging eine Hochwürden an den Postkammeranten auf, gefühnt in der Zelle. Die Postkammeranten wurde wohlmeinlich noch Friedenswaise; einem Proletarier würde dieses Experiment kaum gelungen sein. So sehen die Herrschaften von der anderen Seite aus. Wir haben nichts dagegen, wenn dieser Pfarrer auch sein Liebesgut hat, er ist Mensch wie jeder andere. Aber wenn man auf der Kanzel predigt: Du sollst nicht begehnen deines Bruders Weib, dann darf man auf der anderen Seite nicht selbst die Gefesse des "Herrn" überretten. Oder war dies Gottes Willkür? Was müssen wohl seine Kollegen dazu sagen? Ob man diesen "Süßhahn" auch wohl seine Kollegen dazu sagen? Ob man diesen "Süßhahn" auch wohl seine Kollegen dazu sagen? Ob man diesen "Süßhahn" auch wohl seine Kollegen dazu sagen? Ob man diesen "Süßhahn" auch wohl seine Kollegen dazu sagen? Ob man diesen "Süßhahn" auch wohl seine Kollegen dazu sagen, der Herr hat's ihm genommen, Amen!

**Zur Lohnerhöhung im Bergbau**

Die neuen Verhandlungen über die Löhne im Bergbau endigten mit einer Einigung, nach der die Löhne nominal um 565 Mark pro Mann und Schicht hinaufgesetzt werden. Auf die für verbindlich erklärten Schiedspräsidenten, die bis zum 15. November getreten macht die Lohnerhöhung 35 Prozent aus. Die neuen Löhne gelten ab 18. November. Der Schichtverdienst bei Mitte Oktober war bei 18. November demnach nur 1000 Mark, von ab 1565 Mark. Der Lohn bei Mitte Oktober entrichtete etwa dem 140fachen des Lohnes in der Fortsetzung, ab Mitte November steht er auf etwa das 20fache. Der Preis der Kohlen dagegen ist auf das 700- bis 800fache hinaufgesetzt. Die Unternehmer fordern nun aber auch gleich wieder, daß die Kohlenpreise nun auch wieder ausmacht, so würden die Lohnarbeiter wiederum bei einer Preissteigerung, die Zug um Zug mit Lohnerhöhungen vorgenommen werden, ein glänzendes Geschäft machen. Die Verbraucher werden gedrückt und das wuchernde Kapital denunziert in der Deflationist: die Lohnerhöhungen treiben die Preise in die Höhe. Dieses Spiel ist nun

möglich, weil die Arbeitsgemeinschaften es im Grunde mit Stinnes konzentriert durchführen.

Zuletzt sei Jörgis, Es geht vorwärts! Ueber das Thema: "Was steht der arbeitenden Bevölkerung bevor", sprach Genosse D. Z. (Halle) in einer gutbesuchten öffentlichen Volksversammlung am vergangenen Sonntagabend in der Großen Halle. Einiges seiner Rede bezieht er den Briefen und seine Folgen, ging er auf die Einleitung der Resolution, den 9. November und seine Bedeutung für das Proletariat, die immer steigende Teuerung, das Schieber- und Wuchererium über, um dann die Verbindung des Proletariats zu klären. Eine Disziplin fand nicht statt, da es die Gegner vorgezogen hatten, der Versammlung fernzubleiben. Einige 25 Genossen erschienen, darunter einen Beitritt zur Arbeiterschaft, die sich der Ortsgruppe Jörgis an. Eine zum Schluß vorgenommene Sammlung ergab den Betrag von 150 M., der den "Kampffonds" überwiesen wurde.

Deutscher Kartellkongress. Mittwoch, den 15. November, abends 8 Uhr, im "Vindobona" angeordnetes Kartellkongress. Die Funktionäre, Betriebsräte, Gewerkschaftsleiter, müssen erscheinen. Tagesordnung: 1. Vortrag von Gutmann (Bitterfeld). 2. Bericht von Jörgis über den Reichspräsidenten. 3. Bericht über den Reichspräsidenten. 4. Bericht über den Reichspräsidenten.

Wichtig. Der 9. November in Freiheit Anhalt. Wie bekannt, ist der 9. November im Anhalt ein gesetzlicher Feiertag. In Anhalt jedoch ist jeder arbeitende Arbeiter beschäftigt. Die Arbeiterpartei in Anhalt, an dem 7. November in Verbindung, um den 9. November zu feiern. Der Betriebsrat stellte sich auf den Standpunkt, daß der 9. November gesetzlicher Feiertag ist und deshalb nicht gearbeitet wird. Der Unternehmer war anderer Meinung. Er erbat sich von dem Staatrat die Erlaubnis, am 9. November arbeiten lassen zu können, um die Produktion zu steigern und, daß er im Laufe des Tages telephonisch Bescheid geben würde. Als nachmittags 4 Uhr zur Feierstunde noch kein Bescheid eingelaufen war, gab der Betriebsrat noch einmal Bescheid, daß am nächsten Tage nicht gearbeitet würde, zumal auch kein Bescheid des Staatrats eingelaufen war. Die Sache kam dem Reichspräsidenten zur Meinung, daß die angelegenen Arbeiten vom Demobilisationskommissar auf Grund dieser Erlaubnis hätte der Arbeiterpartei zu bestellen. Die Arbeiter veranlaßten sich daraufhin und hielten mit dem Betriebsrat eine Beratung ab. Das Ergebnis war, daß die Arbeit am 9. November verweigert wurde, denn die Arbeiter waren der Meinung, daß die Angelegenheiten nicht erledigt werden könnten. Der Unternehmer mußte sich fügen. Daß aber in Anhalt, wo rechtssozialistischer Trumpf ist und wo der 9. November gesetzlicher Feiertag ist, eine Erlaubnis zum Arbeiten für diesen Tag gegeben werden konnte, ist bescheiden. Die Arbeiter mögen einmal etwas darüber nachdenken!

Genoss. Für den Reichsbetriebsrätekongress! Am Sonntag, den 11. November, fand hier ein Betriebsrätekongress der Reichsbetriebsräte Radeburg-Anhalt einberufen. Die Beschlüsse sind in der nächsten Nummer zu lesen.

Die neuen Verhandlungen über die Löhne im Bergbau endigten mit einer Einigung, nach der die Löhne nominal um 565 Mark pro Mann und Schicht hinaufgesetzt werden. Auf die für verbindlich erklärten Schiedspräsidenten, die bis zum 15. November getreten macht die Lohnerhöhung 35 Prozent aus. Die neuen Löhne gelten ab 18. November. Der Schichtverdienst bei Mitte Oktober war bei 18. November demnach nur 1000 Mark, von ab 1565 Mark. Der Lohn bei Mitte Oktober entrichtete etwa dem 140fachen des Lohnes in der Fortsetzung, ab Mitte November steht er auf etwa das 20fache. Der Preis der Kohlen dagegen ist auf das 700- bis 800fache hinaufgesetzt. Die Unternehmer fordern nun aber auch gleich wieder, daß die Kohlenpreise nun auch wieder ausmacht, so würden die Lohnarbeiter wiederum bei einer Preissteigerung, die Zug um Zug mit Lohnerhöhungen vorgenommen werden, ein glänzendes Geschäft machen. Die Verbraucher werden gedrückt und das wuchernde Kapital denunziert in der Deflationist: die Lohnerhöhungen treiben die Preise in die Höhe. Dieses Spiel ist nun

# K.B.D.

**Kommunist. Partei Deutschlands.**  
 Organisation für Halle-Merseburg.  
 Bureau: Kasse, Lindenstraße 14. Fern  
 Nr. 1473. - Volkshausstraße 107. Fern  
 Nr. 5 u. 11. - Verkehrs-Sekretariat:  
 Kasse: 1473. - Fern: 5 u. 11. - Sonntags  
 abends nachmittags geöffnet.

## Veranstaltungen.

**Stadtkonferenz Halle.**  
 Sonntag, den 18. November 1922.  
 9 Uhr: Tagungsbeginn - 12 Uhr:  
 Sonntagsmahlzeit.  
**Freitag, den 17. November.**  
 in der Stadtkonferenzhalle: Sitzung,  
 Tagesordnung: Das Programm der  
 K.P.D. - Reden: Gen. Rittner.

**Kommunistische Arbeiter.** Sonntag, den  
 18. November, abends 8 Uhr, in der  
 Saale-Veranstaltungshalle.  
**Sehr wichtige Sitzung.** Die sehr  
 wichtige Tagesordnung erfordert das  
 Erscheinen aller Kollegen. Die  
 Veranstaltung hat eine halbe Stunde  
 zu dauern.

**Kreis Wittenberg.** Sonntag, den 18. Nov.  
 abends 8 Uhr, in der Saale-Veranstaltungshalle.  
**Kreis Wittenberg.** Sonntag, den 18. Nov.  
 abends 8 Uhr, in der Saale-Veranstaltungshalle.  
**Kreis Wittenberg.** Sonntag, den 18. Nov.  
 abends 8 Uhr, in der Saale-Veranstaltungshalle.

**Alle Ortsgruppen der K.P.D.**  
 die Veranstaltungen vornehmen  
 sind verpflichtet, diese in unserer  
 Brudertzeitung zu veröffentlichen.

**Karl Liebknecht-Briefe.**  
 Wieder neu aufgelegt.  
 Zu beziehen durch die  
 Bezirksbuchhandlung, Halle (S.),  
 Lindenstraße 14.

**Geschlechtsleiden!**  
 Drei lehrreiche Bücher. 1. Band 100  
 Porto gratis. 2. Band 100 Porto gratis.  
 3. Band 100 Porto gratis. Keine  
 Werbung, keine Kosten. Keine  
 Werbung, keine Kosten. Keine Werbung,  
 keine Kosten. Alles voll illustriert.  
 Berlin N.W. 40, Kottbuscher Straße 77.  
 Spezialität 20. - 30. - 40. - 50. -  
 Spezialität 10. - 20. - 30. - 40. -

**Arbeitsmarkt**  
**Austräger (in)**  
 für Arbeiter für 1. Dezember  
 9 1/2 Uhr.  
 Gewerkschaften werden wollen sich  
 melden beim Genossen  
 Seiffge, Arbeiter, Burgstraße 1.

**Familien-Nachrichten**  
**Danksgiving!**  
 Zurückgeht zum Grunde  
 eines so glücklich dahingehenden  
 Sohnes, Wunders, Schwagens,  
 Freundes und Kollegen lagen mit  
 allen Sinnen, die seinen Herz in  
 überreich mit Blumen schmückten,  
 das ich dank. Dank dem Herrn  
 ist die tröstliche Worte am Grunde  
 und denen, die ihm auf diesem  
 Wege die letzte Gabe geben und  
 den Schwestern der Angehörigen in  
 allen, nochmals herzlichen Dank.  
 Eine feierliche Abendessen (4323)  
 im Hotel Europa.  
**Familie Ellinger,**  
 Reilstraße 25.

**Herzog Ferrantes Ende.**  
 Ein Wert, das alle Meister bricht!  
 Ein Wert, das alle überflügelt!  
 Ein Wert, dessen Fertigkeit viele Diktionen verschlang!  
 Die fruchtvolle, reiche und bewundernde Gestalt von  
**Paul Wegener.**  
 Ein Kulturgemälde aus dem Trecento in Italien.  
 In der Hauptrolle:  
**Paul Wegener.**  
 Erkaufführung: Freitag, den 17. November.  
 Uraufführung für ganz Deutschland!  
**Der Kleine Knorpel.**  
 Operette von Peter und Schur. Musik von Hermann Thiermer.  
 Bedeutend verändertes Drehbuch. Größte Eintrittspreise.

**Atlantide**  
 Das große phantastische und geistvolle Schauspiel  
**Das phantastische Liebesabenteuer  
 im Herzen Asiens**  
 hat nach seinem Siegeszug in den Vereinigten Staaten  
 von Nordamerika, in den Staaten Mittel- und Süd-  
 Amerikas in Großbritannien, Dänemark, Schweden, Nor-  
 wegen, China, Japan, Indien, Mexiko, Australien usw.  
 seinen Triumphzug durch den Weltkreislauf. Die Um-  
 fahrung fand bereits am 20. Oktober in Berlin statt.  
 Nachdem sich die französische Fällmatt entfalteten hat,  
 deutsche Vorstellungen anzuweisen, die diesen beifallen-  
 den Erfolg auch aufwärts hat die U.F.A. als Welt-  
 dieses schlichte aller französischen Filmwerke „Atlantide“  
 für Deutschland erworben. 4517

**Stasia Napierkowska,**  
 die große Künstlerin, welche bis zur Revolution beim  
 Kaiserlichen Ballet in Petersburg wirkte.  
 Dieser Künstlerin folgt in dem einer Pola Negri  
 schen Schicksal.  
**Ab Freitag, den 17. November, gelangt „Atlantide“**  
 in der  
**U.-T.-Lichtspielen, Leipziger Straße 88**  
 zur Aufführung.  
 Näheres morgen!  
 Beachten Sie bitte das zeitliche Auftreten „Atlantide“.

**Sammelt für den Betriebsrätekongress!**  
**Wolldecken, Filze usw.**  
 färbt preiswert 4400  
**Färberei Mauersberger,**  
 Leipziger Straße 88, Gr. Steinstr. 1-2 u. 38,  
 Seiffstraße 16, Steinweg 27.

**Auf Kredit**  
**Damen-  
 Herren-  
 Carl Klingler, 11 Leipziger Straße 11**  
 Kein Laden, nur 1. Etage.

**Ergebnis der Haupt- wie außerordentlichen Körnung der Ziegenwolle im  
 Stadtkreis Eisleben am 16. September bzw. 16. Oktober d. J.**

Nr.	Name des Besitzers	Wohnort	Stand des Bodens	Ohren- marke	Befreiung Name	Schlags- tarif	Wolle	Belon- gung Penny- schering	Belon- gung Schwarzwoll- wolle	Belon- gung Wollwolle
1.	Hollmann, Ernst	Eisleben	Mittel- breite 7	1	Hans	Samen- weiß	1 1/2	lang- faserig	63	negativ
2.	Schabe, Wm.	"	Einheits- breite 39	2	Rud	Samen- weiß	2	lang- faserig	61	negativ
3.	Schem, August	"	Einheits- breite 19	3	Hans	Samen- weiß	1 1/2	lang- faserig	62	negativ
4.	Bernicke, Guisan	"	Al. Stamm- breite 31	4	Fritz	Samen- weiß	1 1/2	lang- faserig	60	negativ
5.	Hilsmann, Guisan	"	Einheits- breite 12	5	Hans	Samen- weiß	1 1/2	lang- faserig	61	negativ
6.	Wipper, Rudolf	"	Einheits- breite 12	6	Peter	Samen- weiß	1 1/2	lang- faserig	75	negativ

Die Ziegenwolle wie bei darauf hin, daß nur die in der Nachweisung bezeichneten Ziegen-  
 felle zum Decken tauglich sind, sie ungenügend oder ungenügend beobachtet werden  
 dürfen. Ziegenwolldecken sind jedoch, Staupen macht sich auch darunter, der keine Ziegen  
 durch einen richtungsgerechten Kopf davon löst

**Stadt-Theater.**  
 Donnerstag 18. Nov.  
 7 1/2, 9, 11 Uhr.  
**Die versunkene Glocke.**  
 Musik von Max  
 Herwegh.  
 Regie: 4516  
 Intendant: Köttinger.

**C.T.**  
 Am Niederrhein.  
 Freitag, 17. Nov.  
 7 Uhr. Uraufführung für  
 ganz Deutschland!  
**Der kl. Knorpel.**  
 Operette von Peter  
 und Schur.  
 Musik von Hermann  
 Thiermer.  
 Bedeutend verändertes  
 Drehbuch.  
 Größte Eintrittspreise.

**Restaurant  
 Produktiv-  
 Genossenschaft  
 Halle a. S.,  
 Verkehrgäßchen 14  
 empfiehlt leinen  
 tüchtigen  
**Mittag- u.  
 Abendtisch**  
 Bier: 61. 55. 60.**

**Gold-,  
 Silber-,  
 Platin-  
 Schmuck.**  
**Platin-  
 Gold-  
 Silber-  
 Schmuck.**  
 Jahrgeschnitten  
 (mit 1. reell. Preis)  
**Brillanten**  
 (mit 1. reell. Preis)  
**Willi Meyer,**  
 Gr. Steinstr. 3 u. 4,  
 Seiffstr. 9 u. 10

**Zubehöre**  
 Spezialität: 600  
 Marken-  
 Kammern,  
 anerkannt richtig

**Langwunde-Bälle**  
 Sportgerichte  
**Fußballknieel,  
 Jugendknieel.**  
 Große Auswahl.  
**J. Schärer & Cie.,**  
 Halle (Saale),  
 Gr. Ulrichstraße 40  
 (eing. Kaufmanns-  
 geschäft)

**Quecksilber**  
 faul laufend (4490)  
**G. Barby,**  
 Halle a. S.,  
 Seiffstr. 22.

**Eisleben.**  
**Eisleber Lichtspiele.**  
 Dienstag bis Donnerstag:  
 Cécile Doriane, Mions Freund,  
 Harry de Loon in:  
**Frau Dorothys Bekanntschaft.**  
 Freilicht- und Kammerspiele  
 in 5 Akten, eine spannende abenteuerliche  
 Angelegenheit.

**Denk an die Auslandsliste!**

**Wir veranstalten  
 Sonnabend, den 18. Nov.  
 in Kohl's Bierkublen.  
 Kassestraße 4, einen  
**Geslügelmarkt**  
 an dem sich jed. Händler beteiligen kann.  
 Stangelei pro Tier 5 Pf.  
 (Mitteln für hieron befreit)  
 Günstige Gelegenheit zum  
 Kauf u. Verkauf reinerzogenen Geflügels.  
 Anmelde- bis spätestens 15. Nov.  
 an die 4519  
**„Eiwege“ e. G. m. b. H.,**  
 Gr. Märkerstraße 5.**

**Schokoladen**  
**Zuckerwaren usw.**  
**Barhan & Co.,**  
 Markt 6, gegenüber Börse.

**Futterrüben**  
 in Tüben und einzeln  
 hat abzugeben. 948  
**Paul Otto, Straße 70.**

**Holzschuhe,  
 Holzphantofel,  
 Bantofelbölder,**  
**H. Worg,**  
 Zwintzstraße (4. W. u. S. Station Dresden)  
 Telefon 1840. 7226

**Lassen Sie sich nicht  
 durch Zahlen täuschen!**  
 Ich übernehme jede Konsumtion u.  
 able höchste Preise i. a. Sorten  
**Lampen, Knochen, Papier-  
 abfälle, Zeitung-, Eisen, Zelle  
 und andere Rohprodukte.**  
**E. Günther,**  
 Fraueweg 8, Teleph. 6130.

**Unsere  
 verehrten Leser sind vielfach der  
 Ansicht, daß wir uns nur mit  
 der Herstellung unseres „Klassen-  
 kampfs“ befassen. Das ist richti-  
 g, doch nicht zu. Wir unternehmen  
 vielmehr auch eine Abteilung**

**Buchdruckerei**  
 in der Formulare und Druck-  
 sachen jeder Art für den  
 Geschäft-, Berufs- und  
 Privatbedarf. Jede Art in  
 sauber hergefertigt werden. Sie  
**ist**  
 mit einer reichhaltigen Aus-  
 wahl moderner Schrift-  
 materialien und neuzeitlichen  
 Maschinen versehen. Die  
 so daß wir in jeder Beziehung  
**leistungsfähig**  
 sind und auch den verschiedensten  
 Ansprüchen in jeder Weise stets  
 Rechnung zu tragen vermögen.  
 Am Bedarfsfall bitten wir  
 Preisangabe und hiesigen Brief  
 unserer Vertreter zu verlangen.

**Produktiv-Genossenschaft**  
 für den Bezirk Halle-Merseb. u. r.  
 e. G. m. b. H.  
**Abt.: Buch- u. Kunstdruckerei**  
 Halle a. S., Verkehrgäßchen 14,  
 Fernr. Nr. 1045, 1047, 2251.

**Trumpf**  
 ist bei  
**Fritz Werner,**  
 Wörmlitzer Straße 11, Tel. 2798,  
 Kleiner Sandberg 19 - Tel. 9041 -  
 Georgstr. 11, Hof, 4520  
 dort lohnt man die höchsten Preise für:  
 Lumpen (unfortiert) . . . . . 50  
 Anoden . . . . . 30  
 Mi-Papier . . . . . 60  
 Wäcker und Zeitungen . . . . . 40  
 Maschinenöl . . . . . 70  
 Schmelzblei (mit u. ohne Blei) 62  
 Winter-Holen . . . . . 450  
 Ziegenwolle . . . . . 4200  
 Ramiwolle . . . . . 450  
 Stangelei . . . . . 320  
 Mantelwolle . . . . . 220  
 Metalle sehr hohe Preise.  
 Ausweis erforderlich.

**Wagen-, Fuß- und Lederfelle,  
 Ledervaseline und Lederöl**  
 preiswert in jedem Quantum.  
**Delgroßhandlung Maass & Co.,**  
 Serrenstraße 11. Tel. 4703. Serrenstraße 11.

**Kalender 1923**  
**„Klassenkampf“**  
**Wandkalender**  
 6 Bild.  
**Abreißkalender,  
 Wochenkalender,  
 Kontokalender,  
 Kalenderblöcke**  
 in verschiedenen Aufhängungen  
 vorrätig.  
**Vollständighandlung**  
 Halle a. S., Mars 42/44.  
 Ansichtspostkarten empfiehlt die  
 Vollständighandlung.

**Wittenberg.**  
**242 Mark**  
 verkaufe ich unter dem heutigen Einkaufs-  
 preis meine stets frische  
**Tafelmargarine**  
 Ich biete an, solange der Vorrat reicht:  
**Prima frische Tafel-Margarine** 780<sup>00</sup>  
 Pfd. nur 780<sup>00</sup>  
**Rahmreiner- u. Roma-MalzKaffee** 215<sup>00</sup>  
 Pfd. nur 215<sup>00</sup>  
**Prima Hausmacher-Nudeln** 215<sup>00</sup>  
 Pfd. nur 215<sup>00</sup>  
**Rangoon-Vollreis** 245<sup>00</sup>  
 Pfd. nur 245<sup>00</sup>  
**Schwan-Selbepulver** 88<sup>00</sup>  
 pro Paket 88<sup>00</sup>  
**Persil** pro Paket 175<sup>00</sup>  
**Früchte- und Gemüse-Konserven**  
 in reichster Auswahl zu maßigen Preisen.  
 In letzteren Anrufen empfiehlt es sich, jezt  
 seinen Bedarf zu decken, da bedeutende Preis-  
 erhöhungen zu erwarten sind. 1285

**Kurt Leopold**  
**Bekanntmachung.**  
 Die folgenden Verträge zwingen uns,  
 die abgelaufenen Mietverträge i. Gesell-  
 schaft am Grund des 5 d. Miet-  
 vertrages hiermit zu kündigen.  
 Wir sind jedoch bereit, viele Koffer  
 den bisherigen Mietern als Eigentum  
 zu überlassen, wenn die Mieter die bis  
 zum Erwerb der Koffer noch fälligen  
 Mieten unter Berücksichtigung des  
 heutigen Wertes vollständig bezahlen.  
 Alle bis zum 31. Dezember 1922 von  
 den Mietern nicht erwiderten Koffer  
 sind an uns zurückzugeben. 1284  
 Wittenberg, 15. November 1922.  
**Licht- u. Kraftwerke e. S. Wittenberg**

**D. Meisler,**  
 Turfstr. 11  
 Telefon 329.



